

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT
 Dienst Osteuropa - ECE/UNO

Vertraulich

UdSSR 861.5/890.1 - rib

Bern, 26. 3. 91

Notiz

Zahlungsausstände - Kredite

Gespräche einer sowjetischen Delegation des Ministeriums für Aussenwirtschaftsbeziehungen und der Bank für Aussenwirtschaft vom 12.-15.3.1991 mit Vertretern des BAWI, der ERG, mit 4 Pharma-Firmen und dem SBV

Geht an: Schweizer Botschaft, Moskau
 EDA, FWD

Kopie an: ari, jag, maz, dej, esh, rib

Vom 12.-15.3.1991 fanden im BAWI, bei der ERG-Geschäftsstelle in Zürich, bei der Firma SANDOZ in Basel und beim Schweizerischen Bankverein in Zürich fünf Gespräche mit einer sowjetischen Delegation statt. **Gesprächsthemen:** sowjetische Zahlungsausstände bei ERG-versicherten Geschäften, die Regelung sowjetischer Altschulden aus Pharmalieferungen, das Angebot von vier Chemiefirmen, Kreditlinien für Neugeschäfte im Pharmabereich zur Verfügung zu stellen.

Sowjetische Delegation: V. KOMAROV (Delegationschef), Ministerium für Aussenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR, Deputy head, Main monetary administration, V. GOLUBTSCHIK, Ministerium für Aussenwirtschaftsbeziehungen, A. TURKADZE, Aussenwirtschaftsbank der UdSSR, Stv. Leiter der Verwaltung für Staats- und ausländische Kredite, A. PORJADIN, Aussenwirtschaftsbank der UdSSR, Oberexperte für mittel- und langfristige Export- und Importfinanzierung.

1. Gespräch im BAWI am 12.3.91

Botschafter S. Arioli (A) erinnert die sowjetische Delegation an die am 9. Januar 1991 mit I. Nigmatzanov (Aussenwirtschaftsbank der UdSSR) geführten Gespräche bezüglich der sowjetischen Zahlungsausstände und betont, Lösungen müssten im Rahmen der vorhandenen Instrumente gefunden werden (Beilage 1). Es gehe einerseits um das Angebot, Zahlungsausstände gegenüber der ERG in Bankkredite umzuwandeln und andererseits um Kreditlinien, die vier chemischen Firmen anbieten würden. Die schweizerischen Vorschläge habe man in einem

Memorandum (s. Beilage) der sowjetischen Seite übergeben und man möchte jetzt die Reaktionen der sowjetischen Organisationen kennen lernen.

V. Komarov (K) erinnert daran, dass das Problem der Zahlungsausstände seit Monaten bestehe und man sowjetischerseits erstaunt sei, dass die Schweiz bisher keine Schritte unternommen habe, das Problem mit einem Staatskredit zu lösen, wie dies etwa Italien, Frankreich, die BRD und Oesterreich getan hätten. Der Schweizer Botschafter in Moskau habe im Januar dem Aussenwirtschaftsministerium der UdSSR und dem Ministerrat ein Memorandum überreicht und signalisiert, die Schweizer Regierung sei bereit, Verhandlungen zur Tilgung der Zahlungsausstände aufzunehmen. Deswegen sei die sowjetische Delegation in die Schweiz gekommen. Feststellungen des Aussenwirtschaftsministeriums und der Aussenwirtschaftsbank hätten ergeben, dass sich **die Ausstände gegenüber Schweizer Firmen heute auf 600 Mio. US-\$ beliefen**. Die Lieferungen seien grösstenteils bereits erfolgt, vor allem chemische Erzeugnisse (Pharma und Agro-Lieferungen). Die von vier Schweizer Chemiefirmen im letzten Jahr gemachten Vorschläge, fällige Zahlungen in Kreditlinien mit Laufzeiten von sechs Monaten umzuwandeln, hätten weder bei den Importeuren noch bei der Regierung Interesse gefunden. **Ohne Unterstützung seitens der Schweizer Regierung sei das Problem der Ausstände nicht zu lösen**. Man sei weiterhin an Lieferungen aus der Schweiz interessiert. Mangels Devisen **möchte man einen Regierungskredit erhalten in der Höhe von 600 Mio. US-\$ zur Bezahlung der Altschulden und 500 Mio. US-\$ zur Finanzierung von Neugeschäften**. Importwaren erster Priorität seien: Lebensmittel, chemische Produkte, Trockenmilch und Fleisch. Aus andern Ländern würden solche Einfuhren weiterhin getätigt, weil man dort günstige Kreditbedingungen mit langen Laufzeiten erhalten habe. Dank dieser Kreditlinien mit Staatsgarantien kämen die Exporteure zu ihrem Geld. Sowjetischerseits seien in diesen Fällen die Regierung und die Aussenwirtschaftsbank Schuldner.

A erläutert die schweizerischen Möglichkeiten. Ein Regierungskredit müsste vom Parlament bewilligt werden. Regierungskredite seien bisher nur ärmeren Entwicklungsländern gewährt worden und auch dies nur mit Beträgen, die insgesamt weit unter den von der Sowjetunion geforderten Krediten liegen. Es würde nicht angehen, die Sowjetunion auf die gleiche Stufe wie die ärmeren Entwicklungsländer zu stellen.

Die ERG hat insbesamt für 160 Mio. SFr. Bargeschäfte versichert, für welche auf sowjetischer Seite keine Garantie der Vneshekonombank besteht. Ungefähr die Hälfte dieser Geschäfte ist heute notleidend (80 Mio. SFr.). Die ERG sei bereit, diese Bargeschäfte in Kreditgeschäfte umzuwandeln. A betont, er könne hier lediglich über die **Ausstände von 160 Mio. Fr. sprechen, die von der ERG gedeckt seien**. Nur wenn es auf diese Weise gelinge, bei ERG gedeckten Forderungen Zahlungsausfälle zu vermeiden, könne die ERG für neue Geschäfte offen bleiben.

Am Schluss des Gesprächs überreicht K einen Protokollentwurf, der obgenannte sowjetische Wünsche enthält (Beilage 2). Eine Annäherung der Auffassungen erfolgte während des Gesprächs nicht.

Der Unterredung wohnten ferner V. Kripaitis und V. Schalnov (Uebersetzung) bei. Botschafter Arioli offeriert der Delegation ein Mittagessen, an dem auch die sowjetische Botschafterin, Z. Novozilova, teilnimmt.

2. Gespräch am Geschäftssitz der ERG in Zürich am 12.3.91

Schweizer Gesprächspartner: P. Silberschmidt, ERG, Direktor, Th. Wiskemann, ERG, H. Frey, SBV, 1. Vizepräsident, J. Baumann, SBV, Vizedirektor und der Unterzeichnete.

V. Komarov (K) bezeichnet als Ziele seiner Reise:

1. Aushandlung von Krediten zur Bedienung der Zahlungsausstände in der Höhe von 600 Mio. US-\$ (Stand 1. März 1991),
2. Erlangung von Krediten in der Höhe von 500 Mio. US-\$ zur Finanzierung von neuen Importlieferungen für das Jahre 1991 und Anfang 1992.

K weist auf verschiedenen Kredite hin, die sein Land von F, BRD, I und A erhalten habe. Er hoffe, auch von der Schweiz Kredite erhalten zu können. Er sei berechtigt, im Namen der Regierung zu sprechen.

P. Silberschmidt (S) erklärt, er könne sich allein bezüglich der ERG äussern. Diese Institution sei zwar ein Instrument des Bundes, arbeite aber in Eigenverantwortung. Sie habe ein eigenes Budget, das nicht unter das Bundesbudget falle. Gesprächsgegenstand könnten allein die 160 Mio. SFr. sein, die bei der ERG versichert und deren Zahlungen bereits überfällig oder fällig seien. Diese Geschäfte hätten keine Garantie der Aussenwirtschaftsbank der UdSSR (Vneshekonombank). Es seien kurzfristige Bargeschäfte mit festen Zahlungsfristen. Da diese Fristen sowjetischerseits nicht eingehalten worden seien, habe man die Versicherung weiterer Exportgeschäfte nach der Sowjetunion im Moment sistieren müssen. Um die ERG Schweizer Exporteuren wieder zur Verfügung stellen zu können, sei es nötig, eine Lösung zur Tilgung der Altschulden zu finden. **Die ERG sei bereit und willens, die sowjetischen Ausstände mit Hilfe des Bankenkonsortiums in Kreditlinien umzuwandeln.** Dies habe gemäss den Richtlinien der Berner Union und gemäss OECD-Konsensus zu geschehen. Dieses Vorgehen würde anschliessend die Versicherung von Neugeschäfte wieder möglich machen.

K wünscht Kredite mit Karenzzeiten von 2-3 Jahren. Er erwähnt, es sei für sein Land nicht schwierig, Kredite für Maschinenlieferungen zu erhalten. Schwierig erhältlich seien Kredite für den Import von Chemiewaren und Pharmazeutika. S erinnert daran, dass für diese Warenkategorien die Kreditdauer maximal 180 Tage betragen könne (Konsumgüter 180 Tage, Investitionsgüter 5 Jahre). Was zusätzliche Kredite betreffe, sei die ERG nicht der richtige Ansprechpartner.

H. Frey (SBV) erklärt sich im Namen seiner und im Namen der von ihm vertretenen Banken bereit, bei der Umwandlung von Fälligkeiten in der Höhe von 160 Mio. SFr. in Kreditlinien mitzuwirken. Was aber weitere von K anvisierte Kredite (mehr als 1 Mia. US-\$) anbelange, so würden solche Beträge die Möglichkeiten einer Privatbank übersteigen.

.Damit die ERG die eigenen Ausstände mit der sowjetischen Buchhaltung vergleichen kann, ist K bereit, der ERG eine Kopie einer sowjetischen Zusammenstellung der Ausstände zu überlassen.

S seinerseits bietet an, genannte Liste mit dem VSM zu besprechen und die Frage abzuklären, ob die Maschinenbranche allenfalls eine Möglichkeit sähe, ein Kreditangebot gegenüber der Sowjetunion in Erwägung zu ziehen.

3. Gespräch mit Vertretern von vier Chemiefirmen in Basel am 13.3.1991

Gesprächspartner der Delegation:

W.B. Haenni (Sandoz Pharma AG, Chef Kreditmanagement & Exportfinanzierung), H.K. Gödlin (Ciba-Geigy AG, Prokurist), M. Hecht (Hoffmann-La Roche AG, Vizedirektor, Exportfinanzierung und Kreditmanagement), P. Gampp (RobaPharm AG, Stv. Direktor, Finanzen & Controlling, Mitglied der Geschäftsleitung).

Gesprächsthemen: Ausstände bei Pharma-Lieferungen und Kreditangebot für neue Pharma-Geschäfte. (Agrogeschäfte wurden nicht besprochen).

Haenni hält fest, die Schwierigkeiten hätten im Juli 90 begonnen. Angesichts der Zahlungsausstände und in der Absicht, Pharmalieferungen weiterführen zu können, hätten sich die vier Firmen 1990 getroffen und vereinbart, sie würden den sowjetischen Geschäftspartnern ein Kreditangebot machen. Man habe in diesem Zusammenhang Briefe an Herrn Sitarjan, an Medexport, Vneshekonombank und an weitere Adressaten gesandt, ohne darauf je eine Antwort erhalten zu haben. Da kaum Zahlungen eingegangen seien, würden Schweizer Firmen heute mit der Sowjetunion praktisch keine Pharmageschäfte mehr abwickeln. **Die Ausstände im Pharmabereich beliefen sich heute auf rund 80 Mio. SFr.** Man sei daran interessiert, die langjährigen Geschäftsbeziehungen mit der Sowjetunion weiter zu pflegen. Man wolle deshalb eine Lösung finden.

K beziffert die offenen Rechnungen bei Medexport auf 90 Mio. SFr. Der Grund seien Liquiditätsprobleme, mit denen die Sowjetunion gegenwärtig konfrontiert sei. Der genaue Betrag der Ausstände solle gemeinsam festgestellt werden. **K bringt auch hier den Wunsch nach Krediten für neue Pharmalieferungen und zur Bezahlung von Altschulden vor.** Der Vorschlag der Pharma-Firmen, zinslose Kredite für 180 Tage zu gewähren, wird von K als "not very attractive for us" bezeichnet. Man brauche Karenzfristen bis zu 2 Jahren, damit man ab 1993 mit den Rückzahlungen beginnen könne. Heute seien Kredite zur Bezahlung der Altschulden und für den Abschluss von Neugeschäften nötig. Mit andern Staaten habe man diesbezüglich Regierungsabkommen geschlossen. Eine solche Lösung möchte man auch mit der Schweiz finden. Als Grund der sowjetischen Zahlungsunfähigkeit führt K das Verhalten ausländischer Banken an, die ihre Konten bei Vneshekonombank nicht mehr unterhalten hätten.

Die vier Pharma-Firmen erklären gemeinsam ihre Absicht, mit den Banken nach einer Lösung zu suchen. Bei zinsfreien 180-Tage-Krediten seien die Firmen bereit, das Risiko zu übernehmen. Längerfristige Kredite müssten zwischen den Banken der Firmen (Konsortium) und der Vneshekonombank ausgehandelt werden. Man müsse dabei eine Garantie seitens der Vneshekonombank (z.B. letter of credit) verlangen. Bezüglich der Altschulden müsste ein Zahlungsplan erarbeitet werden, den beide Seiten akzeptierten. Dazu seien zusätzliche Gespräche notwendig, die man baldmöglichst aufnehmen möchte. K unterstreicht nochmals, dass er ein Gesamtpaket vereinbaren möchte, um den administrativen Aufwand zu reduzieren. Die Verhandlungen sollen zwischen Medexport oder Vneshekonombank und Suramed, dem Repräsentant der 4 Firmen, geführt werden. K erklärt, in diesem Jahr könnten keine sowjetischen Zahlungen erwartet werden, dazu sei man nicht in der Lage.

Mit der Bekräftigung des Wunsches, man wolle eine für beide Seiten befriedigende eine Lösung finden, wird das Gespräch beendet.

Firma Sandoz offeriert der Delegation anschliessend ein Mittagessen.

4. Gespräch zwischen Vertretern des Schweizerischen Bankvereins (SBV) und Repräsentanten der Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR am 14.3.91 in Zürich

Sowjetische Delegation: A. Turkadze und A. Porjadin (ohne Komarov und Golubtschik).
Bankverein: H. Frey (Stellvertretender Direktor), J. Baumann (Vizedirektor), Y. Morf (Eidg. dipl. Exportleiterin, Prokuristin).

J. Baumann fasst das Gespräch gegenüber dem Unterzeichneten folgendermassen zusammen:

Der Delegation ist Bereitschaft seitens der Banken signalisiert worden, die Umwandlung der ERG-Ausstände (160 Mio. SFr.) in Kredite -gemäss ERG-Richtlinien- mitzutragen. Man habe den Sowjets nahegelegt, Kleingeschäfte bar zu bezahlen. Bei Finanzierungen von 15% An- und Zwischenzahlungen werde man zusammen mit den Exporteuren nach einer Lösung suchen; auf ungedeckter Basis sei dies nicht möglich. Ein Kredit von 600 Mio. US-\$ sei, ohne öffentliche Garantie, ausgeschlossen. Wenn Exporteure gewisse Risiken übernehmen würden, könnte 180-Tage-Kredite bei Neugeschäften gewährt werden. (Der SBV hat für Sowjetunionengeschäfte noch einen Plafond von 240 Mio. SFr. (ursprünglich 300 Mio.), doch ist die Bank ohne ERG-Versicherung nicht bereit, weitere Geschäfte zu finanzieren). Sofern Chemiefirmen gewisse Risiken übernehmen, sei der SBV (das Bankenconsortium) bereit, für Lösungen Hand zu bieten.

Das anschliessende Mittagessen offeriert Rupert Blattmann (General Manager, Member of the Exekutive Board) .

5. Abschlussgespräch beim BAWI am 15.3.1991

Vorsitz: Botschafter S. Arioli. Anwesend sind: P. Silberschmidt, J. Baumann, Y. Morf, W. Haenni, H. Göldlin, M. Hecht, P. Gampp sowie der Unterzeichnete. Der sowjetischen Delegation schlossen sich zusätzlich an: I. Tineev (Vneshekonombank, Zürich), V. Schalnov und Ju. Pavlov (beide von der sowjetischen Handelsvertretung).

Dem sowjetischen Wunsch entsprechend übergibt die schweizerische Seite einen Entwurf für ein Gesprächsprotokoll (Beilage 3). K nimmt diesen entgegen. Von einer Unterzeichnung möchte er jedoch absehen, da die Zeit nicht für eine Bereinigung des Textes reiche. In einer mündlichen Bilanz seiner Gespräche kommt K nicht mehr auf das Ausgangsbegehren eines schweizerischen Kredits über 1,1 Mrd. \$ zurück. Vielmehr unterstreicht er das sowjetische Interesse, mit den schweizerischen Gesprächspartnern (ERG, vier Pharmafirmen, Ciba-Geigy) möglichst rasch weiterzuverhandeln. Diese Verhandlungen müssten allerdings in einigen wichtigen Punkten ein Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion bringen (z.B. Vorfinanzierung der An- und Zwischenzahlungen für die in Kreditgeschäfte umzuwandelnden ERG gedeckten Bargeschäfte, Kreditfrist über 18 Monate hinaus für Pharma, Regelung der Ausstände gegenüber Chemie).

Mit der Bekräftigung, man wolle gegenseitig in Kontakt bleiben und weiter nach einer für beide Seiten annehmbaren Lösung suchen, wird das Gespräch beendet.

(Leo Ribeli)

Beilagen:

1. Memorandum
2. Protokoll (sowjetischer Vorschlag, deutsch und russisch)
3. Gesprächsprotokoll (BAWI)
4. Liste der ERG-Ausstände (nur für Botschaft Moskau)
5. Sowjetische Liste mit Ausständen gegenüber Schweizer Firmen (nur für Bot. Moskau)